NR. 30 / AUGUST 2022

# GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT

GRÜNE
BASELLAND & BASEL-STADT


› **ZEITENWENDE:** NACH DER PANDEMIE DER KRIEG, UND DANN? S. 3

› **ABSTIMMUNGEN:** PAROLEN ZU DEN VORLAGEN VOM 25. SEPTEMBER S. 6

› **JGB:** BANKEN BRAUCHEN NEUE RAHMENBEDINGUNGEN S. 9

# Inhalt und Impressum


2 Editorial

3 Thema: Zeitenwende

6 Abstimmungen national

8 Abstimmungen BL

9 JGB Nordwest

10 Aus den Kantonen: BL

11 Aus den Kantonen: BS

12 Vermischtes



Grünwärts – Infobulletin der GRÜNEN Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: GRÜNE Baselland und Basel-Stadt, Güterstrasse 83, 4053 Basel

Redaktion: Nadine Freiermuth Samardžić, Helma Pöppel, Michael Durrer, Laura Schwab, Martin Stohler, Oliver Thommen

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: bc medien ag

Gedruckt auf Nautilus, 100% Recycling, Blauer Engel

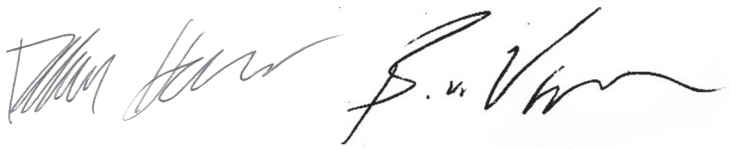
Erscheint 4-mal pro Jahr, Auflage 2500 Ex.

Redaktionsschluss: 8. Juli 2022

Nächste Ausgabe: November 2022


# Editorial

Die Pandemie, der Krieg und die Klimakatastrophe sind die drei grossen Krisen, die uns aktuell wahrlich in die Situation der Verzweiflung drängen. Überlastete Gesundheitssysteme, zunehmende Inflation, Lieferengpässe, Hungersnot, Gewalt, Korruption sind deren Folgen und diese treiben Menschen in Armut, in die Flucht, gefährden die Biodiversität und die Existenzgrundlagen der Menschen auf der Erde. All diese Entwicklungen sind nicht auf einzelne Geschehnisse zurückzuführen. Es gibt einen Zusammenhang dieser multiplen Krisen: «Der innere Zusammenhang der vielfältigen Krise liegt in der fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise», schrieb schon 2009 die Heinrich-Böll-Stiftung im damaligen Kontext der Finanzkrise. Nur mit einem tiefgreifender Wandel, der die sozial-ökologischen Themen in den Fokus stellt, kann diesen Krisen adäquat begegnet werden. Wir wollen anpacken und kämpfen für eine klimapositive Schweiz mit einem grünen Finanzplatz frei von Kriegsgeschäften, für eine krisenresistente und starke Kreislaufwirtschaft sowie die wirtschaftliche und soziale Teilhabe aller Menschen und die damit verbundene gerechte Verteilung von Care-, Familien- und Teilzeitarbeit. Packen wir's an!



Raffaela Hanauer und Benjamin Van Vulpen
Co-Präsidium GRÜNE BS

# NACH DER PANDEMIE DER KRIEG, UND DANN?

Von einer Krise geraten wir in die nächste. Damit muss Schluss sein!

Wer diese Zeilen im Spätsommer liest, mag sich vielleicht über das eine oder andere wundern. Zurzeit scheinen sich die Ereignisse weltweit zu überschlagen, und wenn die letzten zwei Jahre etwas gelehrt haben: erstens kommt es anders und zweitens als gedacht. Das Ärgste der Pandemie scheint kaum überstanden, die Kosten sind noch nicht mal ausgezählt, und als Gesellschaft aufgearbeitet haben wir noch gar nichts.

Da eskalierte das Putin-Regime den 2014 begonnenen Krieg, den Europa und die USA wie üblich eingeschläfert hatte. Das russische Regime hält nichts von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit. In diesem Sinn wird die Freiheit der Ukraine negiert: Sie sollte fallen, verschwinden. In Europa regte sich plötzlich wieder so etwas wie eine gemeinsame Vision – inspiriert vom verzweifelten Abwehrkampf eines souveränen Staates und seiner Bevölkerung. Seit langem wieder einmal regt sich auch bei uns in breiten Bevölkerungskreisen ein humanitäres Gefühl für Geflüchtete.

VON DER KRISE ZUR ZEITENWENDE

Während sich die Krisen überschlagen, wird eines immer deutlicher: Sie sind miteinander verbunden. Die verschiedenen Krisen müssen deshalb gemeinsam angegangen werden – nicht zuletzt auch über nationalstaatliche Grenzen hinaus. Überhaupt war der Nationalstaat nie und ist auf jeden Fall heute nicht mehr der Referenzrahmen für Krisen und deren Bewältigung. In Deutschland hat z.B. der SPD-Bundeskanzler im Kontext des Ukraine-Kriegs von einer «Zeitenwende» gesprochen. Und während Olaf Scholz und seine Partei ob dieser Zeitenwende verzagten, sind es die vielen Forderungen und Ideen der Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Antworten liefern und den Weg aus diesen verknüpften Krisen weisen können. Wir greifen in diesem Heft deshalb vier Themen auf, die exemplarisch für solche Krisen stehen. Aber ebenso für eine echte Zeitenwende, die möglich ist. Denn schaffen wir diese nicht, wird dies unsere liberalen, demokratischen Gesellschaften nachhaltig infrage stellen – und wir werden mit den düstersten Prognosen der Klimawissenschaft leben müssen.

Nachstehend wollen wir vier Themen aufzeigen, bei welchen es Handlungsoptionen gegen die krisenhaften Zustände gibt und Lösungen nötig sind.

Oliver Thommen, Grossrat

## EUROPA, DIE WELT UND WIR

Die Schweiz muss die europapolitische Vogelstrauss-Politik beenden.

Während die Welt um uns herum in Bewegung geraten ist, klammern sich diverse politische Vordenker*innen an überholten Denkmustern fest. Dabei wird oft darauf verzichtet, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen und sich über das tatsächliche Gewicht und die Rolle der Schweiz Rechenschaft abzulegen. So blockieren wir uns selbst – und zwar nach innen und wie nach aussen.

Was angesichts der anstehenden Probleme Not tut (und dabei sind auch wir GRÜNEN gefordert), ist:

- eine ehrliche Bestandesaufnahme der vielfältigen Verflechtungen der Schweiz mit Europa und der EU sowie der politischen und wirtschaftlichen Kosten unserer Nicht-Mitgliedschaft
- statt reflexartiger Aufstockung unserer Rüstungsausgaben eine realitätsbezogene Diskussion über die Schweizer Sicherheitspolitik und ihre Rolle innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Die Beschwörung einer mythisch überhöhten Neutralität mag zwar gut fürs Gemüt sein, lenkt aber von den dringenden Fragen ab, die nach Antworten verlangen.

Martin Stohler, Redaktion Grünwärts

---

## NACHHALTIGE ERNÄHRUNGSSICHERHEIT STATT WEITER KRISEN BEFEUERN

Photo by no one cares on Unsplash

Die industrielle Landwirtschaft soll unter dem Schlagwort «Selbstversorgung» zu neuer Blüte gelangen. Vielmehr braucht es aber eine nachhaltige Lebensmittelproduktion und mehr Umwelt- und Biodiversitätsleistungen.

Die Globalisierung unserer Wertschöpfungsketten macht uns verwundbar. Die von Russland blockierten Getreidelieferungen aus der Ukraine lösen Teuerungen und im Süden der Welt Hungersnöte aus. Es ist die jüngste Eskalation einer Entwicklung, die unsere Ernährungssouveränität schon lange bedroht. Bereits 2008 zeigte der Weltagrarbericht das Versagen der globalisierten Agrarindustrie mit langen Lieferketten, Monokulturen, Pestiziden und Massentierhaltung bei akuten Engpässen auf. Ernteausfälle, Verlust der Artenvielfalt und die Erosion fruchtbarer Böden sind Folgen des Klimawandels, aber auch einer konventionell-industriellen Produktion, die unsere natürlichen Ressourcen auslaugt.

Jetzt den Selbstversorgungsgrad der Schweiz auf Kosten der Biodiversität zu erhöhen, ist keine Antwort. Mit intensiver Produktion schädigen wir unsere Lebensgrundlagen und machen uns erst recht abhängig vom Ausland. Vielmehr sollten wir hierzulande daraufsetzen, weniger Lebensmittel zu verschwenden und weniger Fleisch zu konsumieren – mehr Kartoffeln, Getreide und Hülsenfrüchte sollten auf den Tisch. 43 Prozent der Ackerflächen werden dazu verwendet, Tierfutter anzubauen – Platz für den Anbau von direkt Essbarem hätten wir genug.

Wir brauchen nämlich beides: nachhaltige Lebensmittelproduktion und mehr Umwelt- und Biodiversitätsleistungen. Ein intaktes Ökosystem erbringt Leistungen wie genetische Vielfalt, Nützlinge, die unsere Böden fruchtbarer machen und ihnen helfen, mehr Wasser und Nährstoffe zu speichern. Das ist entscheidend, weil Trockenheit und Starkregen zunehmen.

Akteur*innen von der FAO bis zum Schweizer Bundesrat setzen sich deshalb für Forschung und Investitionen in Agrarökologie ein; sie birgt das Potenzial einer «Game Changer-Lösung», denn je vielfältiger ein Ökosystem ist, desto stabiler und widerstandsfähiger wird es.

Maya Graf, Ständerätin BL,
Stiftungsrätin Biovision

## DIE VERTEILUNGSFRAGE WIRD DRINGENDER

Bild von Gerd Altmann auf Pixabay

Die Preissteigerungen legen die ungleiche Reichtumsverteilung in der Bevölkerung offen.

Der Krieg in der Ukraine bedeutet unsägliches Leid für die Bevölkerung des Landes. Im Vergleich dazu sind unsere Sorgen vermutlich nebensächlich, und doch lohnt sich ein Blick darauf, welche Auswirkungen der Krieg in der Schweiz hat. Direkt auf den Krieg in der Ukraine zurückzuführen sind Preiserhöhungen bei der Mobilität (Benzin ist im Vergleich zum Vorjahr um 19 % teurer geworden), bei den Strom- und Gaspreisen (der Gaspreis ist um 44 % gestiegen) sowie bei den Nahrungsmitteln (Preissteigerung um 9 %).
Angesichts der Staus, die zum Ferienbeginn zu beobachten waren, und der Tatsache, dass noch immer sehr viele Autos unterwegs sind, darf wohl gesagt werden, dass das Benzin vermutlich noch immer viel zu billig ist, und zudem gibt es in der Schweiz in der Regel gute Alternativen, auch für armutsbetroffene Personen. Lassen wir diese Problematik darum beiseite.

### ENTLASTUNGSPAKETE FÜR ARMUTSBETROFFENE NÖTIG

Problematischer scheint die Preiserhöhung bei den Gas- und Strompreisen. Mit Kaltduschen dürfte diese Preissteigerung nicht wettgemacht werden. Die Mittelschicht wird die höheren Preise wohl noch verkraften und zudem sowieso von besser isolierten Wohnungen profitieren können; mit minimalen Veränderungen ihres Lebensstils oder aber mit etwas weniger angespartem Kapital wird sie durch die Krise kommen. Für armutsbetroffene Personen wird es jedoch kritisch: billiger Wohnraum ist häufig schlecht isoliert, und armutsbetroffene Menschen werden kaum Spielraum für Einsparungen haben. Den Ofen 10 Minuten vor Backende abzustellen und die Restwärme zu nutzen, steht im Übrigen schon lange in der Spartipp-Broschüre für Sozialhilfebezüger*innen des Kantons – Sparaufrufe wie kalt zu duschen oder aber die Wohnung weniger zu heizen, sind für armutsbetroffene Personen längst Realität.
Die sich abzeichnende Teuerung bei den Lebensmitteln wird durch den Krieg in der Ukraine nun akzentuiert, hat ihre Hauptursache aber in der Klima- und Biodiversitätskrise. Grob gesagt: statt auf diversen und lokalen Anbau zu setzen, wurde monopolisiert und globalisiert. Die Teuerung bei den Lebensmittel ist bis jetzt moderat (9%) und wird ebenfalls für die meisten verkraftbar sein. Aber auch hier gilt, Armutsbetroffene können nicht auf billigere Produkte wechseln, sie kaufen bereits die billigsten.
Summa summarum: das Leben wird teurer, und Entlastungspakete werden nötig sein, und zwar solche, welche direkt den armutsbetroffenen Menschen zugutekommen; die Ansätze für den Grundbedarf bei der Sozialhilfe, der Ergänzungsleistungen, aber auch bestimmt Löhne brauchen eine Erhöhung. Geld dafür wäre vorhanden, 2020 wurden in der Schweiz 95 Milliarden vererbt – ein grosser Anteil davon steuerfrei.

Anina Ineichen, Grossrätin

## ENERGIE UND VERSORGUNG

Neben der Energiewende ist dringend auch ein Stromabkommen nötig.

Die Sommermonate gelten üblicherweise als eher nachrichtenarme Zeit. Während des sogenannten Sommerlochs berichtet die Tagespresse häufig über Ereignisse, die normalerweise kaum Beachtung erhalten würden. In diesem Jahr prägen jedoch so viele relevante und brisante Themen die Schlagzeilen wie selten zuvor: Europa leidet unter einer Hitzewelle und Trockenheit, im Süden toben Waldbrände und während der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine andauert, steigen die Preise, und die Angst vor einem Strom- und Gasmangel nimmt zu.

### UNABHÄNGIGKEIT IST ERNEUERBAR

Der aktuelle Sommer führt uns schonungslos vor Augen, wie die hinausgeschobene Energiewende die Klimaerwärmung immer schneller vorantreibt und die Abhängigkeit von Gas und Öl gleichzeitig nicht nur autoritären Regimes in die Karten spielt, sondern auch unsere Versorgungssicherheit bedroht. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien schützen wir also nicht nur das Klima, wir verringern auch unsere Abhängigkeit vom Ausland. Wie die Energiewende gelingen kann, wissen wir seit Jahren. Die Technologien sind bekannt und einsatzbereit. Daneben braucht es aber auch Massnahmen, um den Energieverbrauch zu senken. Als Stromtransitland mit grossen saisonalen Schwankungen bei der Stromproduktion muss die Schweiz ausserdem dringend den Zugang zum europäischen Strommarkt mit einem Abkommen regeln, um die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten.

Michael Durrer, Präsident GRÜNE BL

# ABSTIMMUNGEN NATIONAL

## KEINE RENTENREFORM AUF KOSTEN DER FRAUEN: NEIN ZU DEN AHV-VORLAGEN

Im kommenden Jahrzehnt sollen die AHV-Renten von Frauen mittels Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre um 7 Milliarden Franken gekürzt werden. Dadurch und mit einer zusätzlichen Mehrwertsteuererhöhung von 0,4 Prozent soll die AHV bis 2032 mit 10 Milliarden Franken saniert werden. Zwar beinhaltet die Vorlage eine Kompensation von neun Übergangs-Jahrgängen, aber trotzdem muss etwa die Hälfte der Frauen durch den Verlust eines Jahres AHV-Rente mit Rentenkürzungen rechnen.

Die Rentenlücke der Frauen ist heute schon bittere Realität: Aufgrund tieferer Löhne und Erwerbspensen – vier von fünf Frauen mit Kindern arbeiten Teilzeit – erhalten Frauen heute immer noch ein Drittel weniger Rente als Männer. Dabei sind sie besonders auf die AHV angewiesen, denn die Pensionskasse dient vielen nur als magere Ergänzung – und ganz besonders jene Generation von Frauen, die in den nächsten Jahren in Rente geht: Noch immer erhält fast ein Drittel der Frauen gar keine Rente aus der 2. Säule. Und sofern Frauen überhaupt eine Pensionskassenrente beziehen, ist diese nur etwa halb so hoch wie diejenige von Männern.

Die drohende Erhöhung des Rentenalters ist insbesondere für ältere Arbeitnehmer*innen eine schlechte Nachricht, denn Menschen über 60 Jahre haben bereits heute Mühe, eine Stelle zu finden, wenn sie arbeitslos werden. Sie gehören zur Altersgruppe mit der höchsten Arbeitslosenquote. Die generelle Erhöhung des Rentenalters wird darum mehr Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe treiben. Die Altersarmut ist bereits heute weiblich: Doppelt so viele Frauen (11%) wie Männer beziehen bei Eintritt ins Pensionsalter Ergänzungsleistungen.

Diese einseitige Rentenreform auf Kosten der Frauen ist verfrüht und unfair. Zuerst muss auf dem Arbeitsmarkt die tatsächliche Gleichstellung wie Lohngleichheit, eine bezahlbare externe Kinderbetreuung und die dringende BVG-Reform, die kleinere Löhne besser versichert, umgesetzt werden. Abzulehnen ist auch die Mehrwertsteuererhöhung im Umfeld von massiv steigenden Preisen und Krankenkassenprämien. Daher sagen die GRÜNEN klar zweimal Nein.

Maya Graf, Ständerätin GRÜNE BL, Mitglied Sozialkommission SGK-S

## NEIN ZUR ABSCHAFFUNG DER VERRECHNUNGSTEUER

Damit Zinserträge und Vermögen in der Steuererklärung korrekt deklariert werden, gibt es die Verrechnungssteuer. Wer das Vermögen in der Steuererklärung korrekt angibt, erhält die von seinen Kapitalerträgen abgezogene Verrechnungssteuer von 35 Prozent wieder zurückerstattet. Die Verrechnungssteuer hilft so, Steuerkriminalität zu verhindern. Trotzdem will die bürgerliche Mehrheit im Parlament nun die Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen und auf indirekten Anlagen ersatzlos streichen. Damit soll die Kapitalbeschaffung von rund 200 Konzernen – das sind 0,03% aller Unternehmen in der Schweiz – privilegiert werden.

NORMALOS BEZAHLEN

Das führt aber zu Steuerausfällen von mehreren hundert Millionen Franken pro Jahr – zusätzlich zu einem einmaligen Ausfall von einer Milliarde Franken. Vor allem aber führt die Abschaffung der Verrechnungssteuer zu einer Zunahme an Steuerkriminalität und Steuerhinterziehung, denn ohne Verrechnungssteuer sinkt für Anleger*innen der Anreiz, ihre Vermögenswerte in der Steuererklärung korrekt anzugeben. Zinserträge aus normalen Bankgutgaben inländischer Privatpersonen sollen

# ABSTIMMUNGEN NATIONAL

derweil weiterhin der Verrechnungssteuer unterliegen: Ein Schlag ins Gesicht für alle ehrlichen Steuerzahlenden, die weiterhin kontrolliert werden, während für grosse Konzerne und Anleger*innen ein neues Steuerschlupfloch geschaffen wird.

### STEUERAUSFALL BRINGT INVESTITIONEN IN DEN KLIMASCHUTZ IN GEFAHR

Die Abschaffung der Verrechnungssteuer reiht sich ein in eine ganze Reihe von Steuerabbauvorlagen des bürgerlichen Parlaments ein, die allesamt zu massiven Steuerausfällen führen und damit die dringend notwendigen Investitionen in den Klimaschutz in Gefahr bringen. Allein im Jahr 2021 hat das Parlament die Abschaffung der Industriezölle von einer halbe Milliarde und der Verrechnungssteuer von einmalig einer Milliarde und wiederkehrend 200 Millionen Franken beschlossen. Der nächste Abbau ist auch geplant: Der Bundesrat will jetzt zusätzlich noch neue Steuerprivilegien für die klimaschädliche Frachtschifffahrt einführen. Steuerausfälle in dieser Grössenordnung – verbunden mit einem milliardenteuren Armeeausbau – bringen auch dringend benötigte Investitionen in den Klimaschutz in Gefahr. Das erfolgreiche Referendum gegen die Stempelsteuer hat gezeigt: Die Bevölkerung trägt diesen Kurs nicht mit. Mit dem Referendum gegen die Abschaffung der Verrechnungssteuer können wir die Steuersenkungsgelüste des bürgerlichen Parlaments stoppen.

Jérôme Thiriet, Grossrat

---

## WEG VOM LEID MIT SYSTEM: JA ZUR INITIATIVE GEGEN MASSENTIERHALTUNG

27'000 Masthühner in einem Betrieb, für jedes Tier eine A4-Seite Platz. Nach 35 Tagen werden sie geschlachtet, ohne jemals den freien Himmel erblickt zu haben. Seit der Jahrtausendwende ist der Bestand landwirtschaftlich gehaltener Tiere in der Schweiz um die Hälfte gestiegen. 2020 wurden fast 80 Millionen Tiere zur Fleischgewinnung getötet. Gleichzeitig ist die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe von 70'000 auf weniger als 55'000 zurückgegangen – ergo werden heute pro Betrieb mehr Tiere gehalten.

### WEG VON PROFITMAXIMIERUNG AUF KOSTEN VON TIER, MENSCH UND UMWELT

Die Aussage, die Schweiz habe das beste Tierschutzgesetz der Welt, vermag nicht über die Realität der industriellen Tierproduktion in unserem Land hinwegzutäuschen. Wir brauchen einen Systemwechsel: Zurück zu einer bodenbewirtschaftenden Landwirtschaft, weg von Profitmaximierung auf Kosten von Tier, Mensch und Umwelt. Doch die blockierte Schweizer Landwirtschaftspolitik schiebt dringende Weichenstellungen auf die lange Bank.

### HIN ZU STANDORTANGEPASSTER LANDWIRTSCHAFT

Hier setzt die Initiative gegen Massentierhaltung an: Sie weist den Weg in eine standortangepasste Landwirtschaft mit ressourcenschonender und tierfreundlicher Produktion. Die Initiative fordert eine tierfreundliche Unterbringung, den Zugang ins Freie, eine schonende Schlachtung und kleinere Gruppengrössen je Stall.

Schweizer Bäuerinnen und Bauern werden dabei gegenüber dem Ausland nicht benachteiligt, denn die Initiative fordert auch eine Importregulierung. Diese ist WTO-konform, wenn die importierten Produkte der «öffentlichen Moral» eines Landes widersprechen. Eine Annahme der Volksinitiative würde klar belegen, dass diese Bedingung erfüllt ist.

### UNTERSTÜTZUNG WICHTIGER BÄUERLICHER VERBÄNDE

Das gegenseitige Verständnis von Konsumierenden und Produzierenden ist unabdingbar. Mit der Kleinbauern-Vereinigung, Demeter, KAG Freiland und Bio Suisse können wir auf die Unterstützung bäuerlicher Verbände zählen. Damit setzen wir ein Zeichen für den gemeinsamen Weg in Richtung einer tiergerechten, standortangepassten und ökologisch nachhaltigen Schweizer Landwirtschaft.

Meret Schneider, GRÜNE Nationalrätin und Initiantin

# ABSTIMMUNGEN BASEL-STADT

## JA ZUM REVIDIERTEN FREIZEITGARTEN-GESETZ

Das Gesetz über die Freizeitgärten muss knapp zehn Jahre nach der Annahme des Gegenvorschlags zur Initiative zum Schutz der Familiengärten überarbeitet werden, um Missverständnisse und Unklarheiten abzubauen. Der Regierungsrat hat darum 2021 Änderungen vorgeschlagen, um Pächterwechsel schneller abwickeln zu können und Wartezeiten für Interessent*innen zu verkürzen. Durch klare Rollenverteilungen zwischen Pächter*innen, Gartenvereinen und der Verwaltung soll auch vermehrt Rechtssicherheit geschaffen werden. Anders als oft behauptet, werden mit der Revision keine Anpassung beim Schutz der Mindestflächen, der Öffnung der Areale oder der Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung durch gemeinnützige Vereine vorgeschlagen. Es werden lediglich die Abläufe und Mitwirkungsmöglichkeiten der Gartenvereine neu festgelegt. Aus Sicht der GRÜNEN besonders zu begrüssen ist die Verknüpfung des Freizeitgartengesetzes mit übergeordneten kantonalen Strategien wie zum Beispiel der Biodiversitätsstrategie oder dem Stadtklimakonzept. Mit diesem Bezug werden die Freizeitgartenareale vermehrt ein Ort der Erholung, der Begegnung und der ökologischen Vielfalt sein. Nach einer emotional geführten Grossratsdebatte haben SVP und BastA! mit fadenscheinigen Argumenten das Referendum ergriffen, weshalb wir im September über die Vorlage abstimmen werden. Die GRÜNEN haben sowohl bei der Vernehmlassung als auch bei der Behandlung des Geschäfts im Grossen Rat der Teilrevision des Freizeitgartengesetzes zugestimmt. Diese Haltung hat die MV vom 28. Juni mit grossem Mehr bestätigt.

Harald Friedl, Grossrat

## NEIN ZUR ABSCHAFFUNGSINITIATIVE

Die «Volksinitiative zur Abschaffung des Präsidialdepartements und zur Reduktion der Regierungsratsmitglieder von 7 auf 5» verlangt eine tiefgreifende Verwaltungsreorganisation. Die Initiative möchte nicht nur das Präsidialdepartement und damit das von der Stimmbevölkerung jeweils auf vier Jahre gewählte Regierungspräsidium abschaffen, sondern zugleich die kantonale Verwaltung von den heutigen sieben Departementen auf deren fünf reduzieren.

Für unseren kleinen Stadtkanton im Dreiländereck ist eine konstante und wahrnehmbare Vertretung des Kantons nach aussen im In- und Ausland sowie in Bundesbern besonders wichtig, um den städtischen Anliegen Nachdruck zu verleihen.

Der Regierungsrat nimmt auch kommunale Aufgaben wahr, und mit der Ausgliederung der Spitäler, der BVB und der IWB sind die Aufgaben nicht weggefallen, sondern haben sich lediglich verschoben. Eine Effizienzsteigerung oder gar eine Kostenreduktion ist nicht zu erwarten, da die kantonale Verwaltung nach Annahme der Initiative lange Zeit primär mit sich selbst beschäftigt wäre und sich nicht um die anstehenden dringenden Probleme kümmern könnte.

Neben diesen inhaltlich gewichtigen Punkten sprechen auch formale Aspekte gegen die unformulierte Initiative, da sie nicht alle betroffenen Verfassungsbestimmungen nennt und sie zwei Themenbereiche (Organisation der Exekutive und Regierungspräsidium) betrifft, sodass der Grundsatz der Einheit der Materie, wenn nicht verletzt, dann zumindest arg strapaziert wird

Michelle Lachenmeier, Grossrätin

Bild: softcodex auf Pixabay

# WER FINANZIERT HIER EIGENTLICH WAS?

Wo Banken an ihre Grenzen stossen und die Politik nun dringend handeln muss.

Wenn das jgb einmal mehr Klimaschutz fordert, wird sofort gefragt: Und wer soll das bezahlen? Ein gutes Beispiel dafür ist die Klimagerechtigkeits-Initiative und der Gegenvorschlag, bei denen auch die Basler Regierung gern mit dem Finger auf die Kosten zeigt. Dabei wird jedoch eine zentrale Frage nicht gestellt: Wer finanziert eigentlich die Klimakrise? Und wie können wir diese Geldflüsse umleiten?

Auch heute werden noch riesige Investitionen in fossile Grossprojekte getätigt. Ein aktuelles Beispiel ist die EACOP, eine Ölpipeline durch Ostafrika, die gerade in der Finanzierungsphase steht.

Doch während solche Investitionen stillschweigend getätigt werden, promoten alle möglichen Banken lautstark ihre «grünen» und «nachhaltigen» Anlagefonds, Stichwort Greenwashing.

## JGB ZU BESUCH BEI DER BLKB

Das jgb wollte nun mal genauer verstehen, was dahintersteckt, und hat einen Ausflug nach Liestal zur BLKB gemacht. Diese Bank ist schon seit Langem daran, ihre Anlageportfolios klimafreundlich zu gestalten. Sie war zum Beispiel auch eine aktive Befürworterin des $CO_2$-Gesetzes und hat sich selbst das Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu sein.

Der Grund dafür ist nicht etwa das Verantwortungsbewusstsein der Gesellschaft gegenüber, sondern eiskalte Risikoanalyse. Die BLKB hat erkannt, dass fossile Energien ein Ablaufdatum haben und eigentlich wahnsinnig viel Risiken bergen. Sie investiert keinen Rappen mehr in Kohle, Öl oder Gas.

Und jetzt kommt der Schock: Wenn alle Banken so investieren würden, wie sie, rasen wir immer noch auf eine 2 Grad wärmere Erde zu. Nochmals zur Erinnerung, im Pariser Klimaabkommen ist eine Erwärmung von deutlich unter 2 Grad festgeschrieben. Wie kann das sein?

Ein konkretes Beispiel soll es verdeutlichen: Die BLKB hat zum Beispiel einen Kredit an eine Hausbesitzerin vergeben, der bis jetzt zur Hälfte zurückgezahlt wurde. Die Hälfte der Emissionen dieses Hauses geht damit auf das Konto der Bank. Damit die BLKB dieses $CO_2$ auf ihrem Konto loswerden kann, muss das Haus mit erneuerbaren Energien geheizt werden und auch der Strom muss emissionsfrei sein. Und hiermit kommen wir auch zum Knackpunkt.

## NEUE GESETZE SIND NÖTIG

Die Kantonalbank kann ihr Geld nicht zurückverlangen, weil sie gesetzlich zur Finanzierung verpflichtet ist, solange die Frau kreditwürdig ist. Gleichzeitig hat die BLKB nicht die Macht, die Hausbesitzerin dazu zu verpflichten, aus fossilen Energieträgern auszusteigen. Dafür braucht es Gesetze. Die nicht nur das jgb fordert, sondern die BLKB selbst.

Mit dem Besuch wurde einiges klarer: Ja, der Finanzplatz ist ganz offensichtlich die Klimasünde der Schweiz und die Banken haben entweder keine Pläne oder ungenügende. Das heisst, ohne deutliche Ansagen der Gesetzgeberin werden die Investitionen nicht umgeleitet, weil die Risiken dafür bis heute zu hoch sind, weil der Markt dafür immer noch fehlt. Die Banken sind eben auch dazu verpflichtet, das Geld ihrer Kund*innen einigermassen sicher anzulegen.

Es ist ein Teufelskreis, der jedoch zu brechen ist. Wir brauchen eine Debatte über den Finanzplatz und über Klimapakete, die das Potenzial der Banken mitdenken. Nicht, um sie freizusprechen, sondern um sie endlich in die Pflicht zu nehmen, ihren Job zu machen: Investitionen zu tätigen, die nachhaltig gewinnbringend sind. Und zwar für alle.

Helma Pöppel, Vorstand jgb

## DAS PARLAMENT MACHT SOMMERPAUSE

Nach hektischen Landratsdebatten haben die Parlamentarier*innen Zeit, sich der Entschleunigung zu widmen. Tempo reduzieren würde allen – und vor allem dem Verkehr – guttun.
Vor der Sommerpause stand das Tempo auf den Strassen oft im Mittelpunkt hitziger und bisweilen epischer Diskussionen im Landrat. Das Postulat Tempo 30 auf Kantonsstrassen (innerorts) forderte die Prüfung unter Zustimmung der Gemeinden. Pro-Argumente der GRÜNEN wurden vehement bestritten. Die diesbezügliche Haltung der Gegenseite ist mir längst bekannt, und ich lernte, mit ihr zu leben. Neu ist für mich hingegen, dass ein Vorstoss nicht einmal dann umgesetzt wird, wenn er von einer Gemeinde selbst kommt und es die Menschen vor Ort wünschen.
Als langjähriger Gemeindepolitiker war es im Sinne der direkten Demokratie stets mein Anliegen, auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Mobilität und Verkehrssicherheit vor der eigenen Haustüre haben schon viele Betroffene von den positiven Aspekten des Langsamverkehrs überzeugt. Sekunden gewinnen oder Verkehrssicherheit – das ist für mich keine Frage. In diesem Sinne bin ich weiterhin überzeugt von Tempo 30 und einer Temporeduktion auf den Strassen und hoffe, dass nun aus den Gemeinden Druck kommt. Selbstverständlich nach der verdienten Sommerpause.
Karl-Heinz Zeller, Landrat GRÜNE Arlesheim Münchenstein

## DAS GROSSE SESSELRÜCKEN

Vor der Sommerpause fand in der Landratsfraktion der GRÜNEN das grosse Sesselrücken statt. Nach 15 Jahren Landratsarbeit hängte Klaus Kirchmayr am 16. Juni seine Krawatte an den Nagel. Er prägte unsere Fraktionsarbeit wie kein anderer – er reichte in dieser Zeit 302 Vorstösse ein. Dies zeigt, dass wir mit Klaus einen Aktivposten verlieren. Doch was sagenhaft ist, dass zwei von drei Vorstössen vom Landrat als erheblich erklärt wurden. Eine meisterliche Erfolgsquote! Die Nachfolge von Klaus wird Katrin Joos aus Reinach antreten.
Bálint Csontos verlässt unsere Fraktion leider nach 3 Jahren. Auch ihn werden wir schmerzlich vermissen. Sein Scharfsinn und sein Fachwissen waren sowohl in der Fraktion wie auch an den Landratssitzungen ein Gewinn für die GRÜNE Politik. Auf Bálint folgt der Bennwiler Gemeinderat Michael Bürgin.
Ich heisse unsere beiden neuen Fraktionsmitglieder Katrin und Michael herzlich willkommen und freue mich, mit ihnen am 1. September das letzte Amtsjahr der ablaufenden Legislatur in Angriff zu nehmen.
Stephan Ackermann,
Fraktionspräsident GRÜNE/EVP

## ISAAC REBER FÜR REGIERUNGSWAHLEN 2023 NOMINIERT

Die Mitglieder der GRÜNEN Baselland nominieren Isaac Reber für die Regierungsratswahlen 2023. Nach elf Jahren im Amt ist Isaac bereit, noch einmal zur Wahl anzutreten, um die GRÜNEN Anliegen für vier weitere Jahre in der Regierung zu vertreten. Er wechselte 2019 aus der Sicherheitsdirektion in die Bau- und Umweltdirektion, der er seit der laufenden Legislatur vorsteht. Hier setzt sich Isaac Reber mit Sachverständnis, Kreativität und stets offener Bereitschaft zum Dialog für GRÜNE Anliegen ein. Bei seinen Mitarbeiter*innen wie auch Parteimitgliedern wird Isaac gleichermassen geschätzt.
«Oberstes Ziel unserer Arbeit ist immer die Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität im Kanton Baselland», so Isaac. «Im Siedlungsraum gehören die intelligente Nutzung von Bau- und Wohnflächen und die Realisierung und Erhaltung von Natur- und Erholungsraum immer zusammengedacht.»
Isaac ist fit und motiviert für eine weitere Legislatur, und wir freuen uns auf den gemeinsamen Einsatz für eine nachhaltige und GRÜNE Zukunft im Baselbiet.
Michael Durrer, Präsident GRÜNE BL

## GRÜNE LISTE BEI DEN GROSSRATSWAHLEN

Bisher stellten wir jeweils mit BastA! zusammen 100 Kandidierende für die Grossratswahlen auf einer gemeinsamen Liste. Dem Entscheid für eine eigenständige Liste ist ein über fast ein Jahr dauernder und sorgfältiger Entscheidungsprozess vorausgegangen, welcher mit BastA! und dem jgb abgesprochen war. Unser Vorstand hat in einer Retraite darüber beraten, welche Wahlstrategie sinnvoll für die Parteientwicklung und die kommenden Grossratswahlen im 2024 ist, und der MV beantragt, eine eigene GRÜNE Liste aufzustellen. Die Mitgliederbasis ist mit klarer Mehrheit der Empfehlung gefolgt.

WAS WAREN DIE GRÜNDE FÜR DIESE ENTSCHEIDUNG?
Wir sind davon überzeugt, dass wir mit einer eigenen Liste den Stimmberechtigten eine pointierte GRÜNE Politik anbieten und als GRÜNE durch verstärkte Sichtbarkeit zu einer zusätzlichen Mobilisierung beitragen können. Weiter sehen wir durch eine eigene GRÜNE Wahlkampagne eine Stärkung der linken Parteienlandschaft und der grün-roten Politik insgesamt. Wir möchten so unseren Beitrag für eine grün-rote Mehrheit im Grossen Rat leisten.
Dazu kamen auch Aspekte der Parteientwicklung: Die GRÜNEN Basel-Stadt sind stark gewachsen. Auf einer gemeinsamen Liste hätten die GRÜNEN neben den rund zehn Bisherigen nur noch 30 weitere Plätze zur Verfügung. Dies wird unserer Parteientwicklung nicht gerecht. Die gewachsene Anzahl engagierter Mitglieder soll demnach nicht nur in den neugegründeten Sach- und Lokalgruppen, sondern auch bei den Wahlen durch eine eigene Liste besser eingebunden werden. Damit vergrössern wir unser Netzwerk zu den Wählenden und erhoffen uns mehr Kraft bei der Mobilisierung.
Mit einer eigenen Liste können wir zudem unsere Lokalgruppen weiter stärken. Auch unsere Sachgruppen können durch eine eigene Liste ihre Expertise besser in die Wahlkampagne einfliessen lassen: Denn mit einer eigenen Liste gibt es eine Wahlplattform, die von den Mitgliedern beschlossen und mit der nach den Wahlen gearbeitet werden kann.

KEINE ABSAGE AN ZUSAMMENARBEIT
Es ist uns wichtig zu betonen, dass wir die Zusammenarbeit mit BastA! keinesfalls aufkündigen möchten Die gemeinsame Fraktion mit BastA! steht wegen dieses Entscheids nicht zur Diskussion, diese sehen wir weiterhin als zielführend an. Der Vorstand hat sich auch für eine Zusammenarbeit bei den Nationalratswahlen ausgesprochen.
Für das jgb bedeutet dieser Entscheid, dass nun eine Herausforderung auf sie zukommt, wenn ihre beiden Mutterparteien in Basel-Stadt keine gemeinsame Liste mehr haben. Wir GRÜNEN bekennen uns zu unserer Jungpartei, die jgb-Mitglieder sind denn auch vollwertige Mitglieder bei uns. Wir wollen möglichst unterstützend sein, damit unser Entscheid unsere Jungpartei nicht schwächt, sondern die junggrüne Bewegung weiter gestärkt wird.
Für das Präsidium: Raffaela Hanauer, Laura Schwab, Jérôme Thiriet, Benjamin van Vulpen

## UNSERE NEUE WEBSEITE IST ONLINE.

## DREI GROSSE BAUSTELLEN IM KANTON

Wenn im September der Grosse Rat wieder tagt, ist jeweils auch der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) traktandiert. Die GPK beaufsichtigt die Verwaltung und Regierung und hat dies in einem unaufgeregten Bericht der Öffentlichkeit darzulegen. Am Anfang kann festgehalten werden, dass der Kanton im Grossen und Ganzen angemessen arbeitet. Dennoch gibt es immer wieder Kritikpunkte, so auch dieses Jahr. Die grössten Bedenken im GPK-Bericht sind:
Erstens: Mit dem massiven Ausbau von Fernwärme zeigt sich die Herkulesaufgabe der Klimakrise. Diese Umstellung der Wärmeversorgung braucht für eine erträgliche und effiziente Planung und Ausführung grosse Ressourcen. Sonst wird dies die Bevölkerung nicht mittragen.
Zweitens: Der Kanton ist bei der Digitalisierung bisher auf keinem guten Weg. Es fehlt an Führung und Innovationsgeist, und es gibt grössere Bedenken bezüglich der Sicherheit.
Drittens: In der Staatsanwaltschaft haben sich gewisse Eigendynamiken entwickelt, welche bedenklich sind. Gleichzeitig beschwert sie sich, dass sie wegen mangelnder Ressourcen mit ihrer Aufgabe überfordert sei. Ob zur Lösung der systemischen Probleme mehr Ressourcen reichen, stellt die GPK in Frage.
Oliver Thommen, Grossrat

## FRAKTIONSAUSFLUG 2022

Am letzten Landratstag vor der Sommerpause konnten wir mit den aktuellen und ehemaligen Fraktionsmitgliedern, unseren Richterinnen und Richtern und weiteren GRÜNEN & EVPler*innen unseren Fraktionsausflug in Binningen begehen. Nach einem Grusswort der GRÜNEN Einwohnerratspräsidentin und höchsten Binningerin Bea Büschlen und einem sommerlichen Mittagessen im Sunnebeedli durften wir in zwei Führungen die Wetterstation und den Kosmos Space kennenlernen. Beim Apéro feierten wir schliesslich unseren frisch gebackenen zweiten Vizepräsidenten des Landrats Peter Hartmann, bevor ein Teil von uns das Landratspräsi-Fest in Bottmingen besuchte.

Nadine Freiermuth Samardžić, Geschäftsführerin GRÜNE BL

## RÜCKTRITT VORSTAND BS

Christoph Arndt verlässt nach vier Jahren den Vorstand der GRÜNEN BS. Besonders in Erinnerung geblieben ist uns sein grosses Engagement gegen das Ozeanium. Die Mitgliederversammlung verabschiedete Christoph im Juni und dankte für seine Vorstandstätigkeit.

Oliver Thommen, Geschäftsführer GRÜNE BS

## NEUE ERZIEHUNGSRÄTIN

Der Grosse Rat wählte in der Juni-Sitzung Cornelia Birchmeier-Resch in den Erziehungsrat Basel-Stadt. Wir gratulieren Conni herzlich zum neuen Amt!

Oliver Thommen, Geschäftsführer GRÜNE BS

## SCHULKOMMISSION BFS

Für die zurückgetretene Cristina Steinle konnten wir aus einem tollen Kandidierendenkreis Ahmet Argüz für die Schulkommission der Berufsfachschule nominieren. Wir gratulieren Ahmet herzlich zum neuen Amt!

Oliver Thommen, Geschäftsführer GRÜNE BS

## PAROLEN 25. SEPT. 2022

**EIDGENÖSSISCH**

**Ja** zur Massentierhaltungsinitiative
**Nein** zum Verrechnungssteuergesetz
**Nein** zur Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer
**Nein** zur Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

**BASEL-STADT**

**Ja** zum Freizeitgartengesetz
**Nein** zur Departementsreduktion

**BASELLAND**

Keine Abstimmungsvorlagen

## AGENDA

**26. August:** MV GRÜNE BL

**31. August / 1. September:** Anti-AKW-Velotour

**8. September:** MV GRÜNE BS

**10. September:** Lauf gegen Grenzen, Basel

**16. September:** Parking Day, Basel

**23. September:** Podium zu Erneuerbaren Energien und Naturschutz mit Isaac Reber, Thomas Appenzeller und weiteren Referent*innen, Laufen

**24. September:** Klimawanderung (Hike 4 Future), Laufental

## DAS LETZTE

Das Sommerloch geniesst meist einen schlechten Ruf, insbesondere bezüglich der medialen Berichterstattung. Jedoch ist es oft ein Brennglas gesellschaftlicher Probleme, die durch seine Einfachheit plötzlich für die breite Bevölkerung zugänglich werden. So wurde ein Bundesrat auf sehr reale Art für abgehoben gehalten und musste per französischer Luftwaffe auf den Boden zurückgeholt werden. Nun könnte das als übliche Sommerposse durchgehen oder der Bundesrat könnte für sein umweltschädigendes Verhalten gegeisselt werden. Interessanter ist diese Sommerloch-Geschichte aber, weil sie sinnbildlich für den Blind- bis Irrflug des schweizerischen Gesamtbundesrats steht. Egal ob F35-Beschaffung, Ukraine-Politik oder EU-Verhältnis: Das Gremium scheint auf einer Odyssee von Fettnäpfchen zu Fettnäpfchen und ein schlauer Odysseus, der die sieben Gefährt*innen retten könnte, ist auch nicht zur Hand. So bleibt wenigstens die Sicherheit, dass das Schiff spätestens im Dezember 2023 in den Hafen fährt. Dort wartet zwar nicht Penelope und Telemach, dafür aber die National- und Ständeratswahlen und hoffentlich auch etwas mehr Aufbruch im Bundesrat.